

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. n. f. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedwelmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. März d. J. dem Kaufmann Eugen Cunradi in Fiume die Bewilligung zur Annahme des ihm verliehenen Postens eines königlich bayerischen Konsuls in jener Stadt und dem bezüglichen Bestallungsdiplome das Allerhöchste Exequatur allergnädigst zu ertheilen geruht.

Kundmachung.

Zu Folge herabgelangten hohen Finanzministerial-Erlasses vom 19. März 1865, Nr. 1472 F. M., ist von nun an für die Verwechslung von National-Anlehens-Staatsschuldverschreibungen auf Ueberbringer zu Zwanzig Gulden in derartige Obligationen höherer Kategorie eine Verwechslungsgebühr nicht mehr anzunehmen.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Finanz-Direktion Laibach am 22. März 1865.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 28. März.

Die Erwartung, es werde ohne Generalsdebatte in der Budgetberatung abgehen, hat sich nicht bestätigt; die Schenken sind geöffnet, der Redestrom braust dahin und mit ihm ein gut Theil Zeit, die bekanntlich gleich Geld ist, besonders aber in unserem Verfassungsleben. Es sind noch so gar sehr viel An gelegenheiten, auf deren parlamentarische Lösung das Reich wartet.

Ueber den Charakter, den die Budgetdebatte annehmen wird, sagt die „Dest. Ztg.“: „Der Gedanke, möglichst viel zu ersparen, ist durchweg in allen Theilen und Schichten des Hauses vorherrschend. Mag auch bei Manchen Sparsamkeit nur Anhängerschild sein, so ist sie doch im Ganzen genommen mit wenigen Ausnahmen der ernstlichste Wunsch, das aufrichtigste Streben. Es gibt allerdings Manche, welche meinen: „Der Vien' muß!“ die nicht daran glauben können, daß sie eine Krisis herbeiführen und das Verfassungsleben stören könnten, sondern des guten Glaubens sind, es werde am Ende doch gehen, wenn man nur fest bleibt. Diese werden allerdings von Jenen in's Schlepptau genommen, welche die größtmöglichen Abstriche ohne Rücksicht auf ihr Banner schreiben.

Die ziemlich bedeutende Anzahl schwankender, die Situation noch nicht ganz klar erfassender Männer abgerechnet, lassen sich drei Richtungen als vorherrschend kennzeichnen. Die Eine, welche heute die Herren Greuter, Herbst, Schindler, Winterstein zu Wortführern hatte, ist die der Majorität des Finanzausschusses, die bei ihren Vorschlägen und Positionen verharret und, soweit es uns den Eindruck macht, nach einem Einvernehmen mit der Regierung nicht strebt. Eine zweite Richtung, welcher heute die Herren Sartori und Promer Ausdruck gaben, ist diejenige, welche auf die Vorschläge der Regierung im Finanzausschusse bei Gelegenheit der Verhandlung des Brünnschen Antrages eingeht, die Reduktionsziffer in der Art, wie die Regierung sie aufgestellt, und auch das Virement in der Art, wie die Regierung es fordert, bewilligt.

Eine dritte vermittelnde Richtung ist jene, welcher der Baron Tinti Ausdruck gab und die auf einen großen Anhang im Hause rechnen kann. Diese Richtung geht dahin, sich auf den Standpunkt des Sub-Comité's im Finanzausschusse zu stellen und in Folge

der Detailberatung zu Gesamtreduktionen der einzelnen Etats zu gelangen und bei denselben beschränkte Virements zu gestatten.“

Je früher eine Vereinbarung zu Stande kommt, ohne daß die Regierung den ominösen §. 13 zur Anwendung bringen muß, um so besser ist es. Die Staatsangehörigen verlangen weniger nach oratorischen Glanzpunkten als nach einer endlichen Lösung der schwebenden Fragen, und Befestigung der Verfassung.

Der Verkauf des Bergwerkes Idria.

Idria, 22. März.

(Schluß.)

So viel über die hauptsächlichsten lokalen Interessen, welche gegen den Verkauf sprechen.

Wenn ein Glied des Körpers leidet, so leidet der ganze Körper mit, und gerade im vorliegenden Falle ist es wohl nicht nur eine Frage von lokalem Interesse, ob das Quecksilber-Bergwerk Idria ein Eigenthum des Staates verbleibt, oder in andere Hände übergeht; diese Frage berührt mittelbar ganz Krain, und ein auffallender Beleg dafür ist dadurch gegeben, daß Männer, von ganz entgegengesetzten politischen Anschauungen ausgehend, doch gerade in dieser Frage ganz harmoniren, und Jeder für sich den Uebergang des Bergwerkes in andere Hände als ein Unglück für Idria und für Krain betrachten und mit allen Kräften gegen den Verkauf ankämpfen. Und nicht mit Unrecht. Es kann wahrhaftig für das Land nicht gleichgiltig sein, ob in nächster Zukunft vielleicht der dritte Theil der Bevölkerung Idria's einer grenzenlosen Verarmung entgegengeht, ob der Besitz in der nächst Laibach volkreichsten Stadt des Landes binnen Kurzem ganz entwerthet wird; ob ein Montanwerk, auf welches das Land des Reichthumes, der Großartigkeit und Seltenheit wegen mit Recht stolz ist, einem früheren Verfall entgegengeführt wird.

Allein nicht bloß lokale und provinzielle Interessen, auch Interessen des Reiches stehen damit auf dem Spiele; der Verkaufspreis für das Quecksilberbergwerk Idria beträgt 3,000,000 fl., für den Forst 200,000 fl.; nach einer äußerst niedrig gestellten, von Regierungsbeamten selbst vorgenommenen Schätzung, welche Schätzung unter Zugrundelegung der möglichst niederen Preise vorgenommen wurde, war das Quecksilberbergwerk sammt den dazu gehörigen Gebäuden, der Fabrik sammt Materialien auf nahezu 5,300,000 fl. geschätzt worden, darunter wurden bloß die Erzmittel in der Grube, und zwar nur die derzeit offen daliegenden Erze ohne Rücksicht auf spätere Aufschlüsse auf 4,190,000 fl. bewerthet; der Reinertrag während eines Durchschnittes von 20 dem Werksbetriebe ziemlich ungünstigen Jahren beziffert sich auf jährlich 298,000 fl. und die Erzeugung, so wie auch der Ertrag könnten leicht das Doppelte dieser Summe erreichen, wenn das Aerar nicht eben die reicheren Erzmittel fortwährend schonen würde, und sachverständige Montanisten, welche mit dem Reichthume des hiesigen Erzlagers vollkommen vertraut sind, stellen die positive Behauptung auf, daß es für den Staat ein Leichtes wäre, binnen acht bis zehn Jahren das Doppelte des Verkaufspreises durch einen geänderten Betrieb zu erzielen. Es ist daher nicht leicht einzusehen, warum von Seite der Regierung, welche doch das ganze, von Staatsbeamten selbst aufgenommene Schätzungsoperat in Händen hatte, zum Verkaufe des Bergwerkes einen Preis festsetzte, welcher nicht einmal drei Fünftel des Schätzungspreises erreicht. Die Nachricht von dem Vorschlage des Verkaufes dieses bedeutenden Bergwerkes war um so überraschender, als während der Reichsrathsverhandlungen im Jahre 1862 und 1863 Se. Excellenz der Herr Finanzminister sich unverholen gegen den Verkauf von Montan- Werken und auch das Abgeordnetenhaus sich damals

dahin aussprach, daß nur der Verkauf jener kleineren Werke durchzuführen sei, welche keinen nachhaltigen Ertrag liefern.

Auch für den Staat ist es eine Frage von Wichtigkeit, ob ein so bedeutendes Werk, welches selbst hohe Steuern trägt, und von dessen Betriebe die Existenz und Steuerfähigkeit mehrerer Gemeinden abhängt, längere oder kürzere Zeit betrieben wird; die letzte Schätzung weist nach, daß die derzeit vorhandenen Erzmitteln bei einer jährlichen Erzeugung von 4000 Zentner Quecksilber den nachhaltigen und einträglichen Betrieb auf die Dauer von 62 Jahren sichern, dabei ist natürlich der derzeit vom k. k. Montan-Aerar eingehaltene Betrieb gemeint; bei einer andern nicht so schonenden Betriebsart, muß der derzeit aufgeschlossene Erzreichthum natürlich früher erschöpft werden, und da die Natur der Lagerstätte und der Erzführung eine weit vorausgehende Aufschließung bedingt, so ist ein Raubbau allerdings sehr zu befürchten.

Wir fügen zum Schlusse nur noch bei, daß die Schätzung der Erzmittel mit Berücksichtigung des Umstandes, daß das Anlagekapital binnen 20 Jahren sich vollständig zurückzahlt, erfolgt ist, und daß diese Schätzung daher den gegenwärtigen Preis der Erzmittel angibt.

Der Verkaufspreis für den Forst war auf 200,000 fl. bestimmt worden; der Forst war im Dezember 1864 mit Zugrundelegung einer dreiperzentigen Rente auf mehr als 1 Million bewerthet worden, welche Summe, auf eine fünfperzentige Rente reduziert, immerhin einen Kapitalwerth von 600,000 Gulden ergibt.

Alle Benefizien, welche der Bergmann hat, genießt auch der stabile Holznecht, und derselbe ist daher von den Folgen des Verkaufes ebenso bedroht, als der Knappe, und ebenso, wie beim Bergwerke, ist auch beim Forste der Verkaufspreis weit unter dem wirklichen Werthe gehalten, und mit einer raschen Ausbeutung des Erzreichthums im Berge ist nothwendig auch ein rascher und übermäßiger Verbrauch der Forstprodukte verbunden; leider schützt das Forstgesetz gegen die Devastation der Waldungen viel zu wenig, da den politischen Behörden, welche ohne den Beirath eines sachkundigen Forstbeamten das Forstgesetz handhaben sollen, die entsprechende Ueberwachung außerordentlich erschwert und theilweise ganz unmöglich gemacht wird.

37. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 27. März.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mesern, Plener, Hein, Burger, Frank.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkäufe wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht der Bericht des Finanzausschusses über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1865.

Der Generalberichterstatter Abg. Taschel verliest den sehr umfangreichen allgemeinen Theil des Berichtes von der Tribüne.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

In derselben ergreift zuerst

Abg. Sartori, und zwar gegen die Ausnahmestrichen, das Wort. Man müsse reichlich in Erwägung ziehen, ob ohne Störung des Ganges der Staatsmaschine die beantragten Abstriche möglich sind, ferner ob sie praktisch und durchführbar sind. Was nützte es, einen Bau oder eine Reparatur nicht vorzunehmen und für das nächste Jahr vorbehalten, wenn man dadurch wohl für heuer eine halbe Million erspart, aber im nächsten eine ganze dafür ausgeben müsse? Was nütze es, wenn man durch Restriktion der Beamten die Verwaltung und den Gang der Justiz hemme und dadurch in der Schatz suchen-

den Bevölkerung Unzufriedenheit erregt, durch die Ersparung aber zugleich die Einnahmen an Stempel, Tagen und Gebühren vermindert? Wenn die Minister erklären, daß zwanzig Millionen die Grenze der möglichen Ersparungen bilden und daß sie genöthigt wären, die Ruder anderen Männern zu übergeben, wenn das Haus höhere Abstriche annimmt, dann müsse man die dargebotene Hand der Vereinbarung annehmen und nicht Konflikte provociren, welche das Zustandekommen des Finanzgesetzes unmöglich machen, oder doch jedenfalls verzögern würden. Die Differenz zwischen den Abstrichen des Ausschusses und den von der Regierung zugestandenen Ersparungen betragt etwa fünf Millionen und die Wähler werden wohl einsehen, daß man eben nicht auf einmal Alles thun könne, daß es hinreichend sei, in einem Jahre das Gebährungsdefizit wenigstens beseitigt zu haben. Er werde für seine Person den Muth haben, gegen den Ausschuß zu stimmen, ohne zu fürchten, das Vertrauen seiner Wähler zu verlieren, und wünsche, die Majorität möge daselbe thun.

Abg. Greuter: Das Volk verlange, daß der Reichsrath seine gewissenhafte Schuldigkeit thue. Das patriotische Gefühl, das jeder in das Haus mitgebracht, verlange, daß die Abgeordneten die Interessen des Vaterlandes gewissenhaft vertreten. Der Eid der Treue, den die Abgeordneten vor dem Allerhöchsten Throne ausgesprochen, verlange vor Allem Klarheit der Situation. Er selbst verlange von allen Abgeordneten den Muth, die Lage nicht nur zu erkennen, sondern sie auch offen zu bekennen. Die Pflicht des Abgeordnetenhauses sei es den dünnen Boden der Wünsche zu verlassen und zur rettenden That zu schreiten. Niemand könne die Finanzkalamität läugnen und das Volk habe seine Vertreter gesendet, diese zu beseitigen. Die Bedeutung dieser Frage trete gerade in Oesterreich in den Vordergrund. Diese Frage, welche sich in dem Worte Rettung des Vaterlandes in finanzieller Beziehung zusammendrängt, fülle sein Herz so aus, daß er nicht mehr dabei an Persönlichkeiten denken könne. Diese Frage könne keine Parteifrage mehr sein, in dieser gebe es keine Rechte, keine Linke mehr, sondern es sei nur eine Frage des österreichischen Patriotismus. Der Finanzausschuß habe seine volle Anerkennung. Was nütze es, Wunden zu verdecken und zu beschönigen, man könne Niemand damit täuschen, obgleich er gar nicht glaube, daß in ganz Europa sich Jemand mehr über unsere Finanzverhältnisse täuschen lasse. Man habe gesagt, die Schlagfertigkeit der österreichischen Armee leide unter den Abstrichen des Finanzausschusses. Wäre das wahr, dann würde er gegen jeden Abstrich am Kriegsbudget stimmen. Aber er glaube, wenn die Schlagfertigkeit der Armee durch Opfer aufrechterhalten werden muß, die unerschwinglich werden, dann könne dieß drückende Gefühl des Muths und die Tapferkeit der einzelnen Söhne des Vaterlandes nicht heben. Redner fragt, wie es mit den Freiheiten des Volkes stehe? Zuerst sei bei den Urwahlen selbe durch den Steuerzensus beschränkt. Der Wahlmann sage dann, die Gemeinde bin ich und der Gemeinde bleibe keine Reklamation gegen sein Vorgehen. Die Wahlmänner wählen den Deputirten etc.

Präsident unterbricht hier den Redner und fordert ihn auf, den Uebergang zu der Behandlung des Budgets zu finden.

Abg. Greuter erklärt, seine Rede abbrechen zu wollen (Rufe: Nein) und zu dem Schlusse zu eilen. Er bitte die h. Versammlung, das, was er sagte, als seine innerliche Ueberzeugung anzusehen und zu glauben, daß der offene Bekenner der Wahrheit noch nie geschadet habe. London habe Schlesien gegen Friedrich II. verloren, weil dieser noch einen Thaler mehr im Sacke hatte als wir.

Abg. Kromer bekämpft die Ausschufsanträge. So lange Existenzfragen nicht beseitigt und geordnet sind, sei es nicht möglich an Freiheitsfragen zu denken. Eine Existenzfrage sei die Regelung des Staatshaushaltes. Seit vier Jahren mühe sich der Finanzausschuß ab, Abstriche zu machen und doch sei immer ein bedeutendes Defizit geblieben. Die schätzbarsten Kräfte seien im Finanzausschuße occupirt und dies sei theilweise der Grund, warum andere Ausschüsse in ihren Arbeiten zurückbleiben. Die Völker werden dem Hause keinen Dank wissen, daß es seine Zeit mit Detailberathungen verbringe, die nutzlos bleiben, das Haus hätte die Vorschläge des Grafen Brinck annehmen und mit der Regierung das Budget vereinbaren sollen. Das Haus habe keinen Anlaß, einer solchen Vereinbarung mit Mißtrauen aus dem Weg zu gehen. Das Haus hätte, da es eine offene Erklärung der Regierung betreffs der Abstriche provoziert, derselben mit eben der Loyalität und Offenheit entgegenkommen sollen. Ihm habe nie vor den Folgen einer Vereinbarung gebangt. Dadurch, daß der Finanzausschuß das Referat über den Antrag Brinck zugleich mit dem Budget pro 1865 verlegte, blieb dem Hause nur die Wahl, entweder den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen, oder die Sache an einen neuen Ausschuß zu verweisen und dadurch das Zustandekommen des Budgets zu verzögern. Er und seine Freunde hätten nur deshalb für den Uebergang zur Tagesordnung gestimmt. Redner bittet, die Spezialdebatte zu beschleunigen, damit der Regierung die Möglichkeit geboten werde, die Landtage der Länder jenseits der Leitha einzuberufen, was so oft im Hause lebhaft gewünscht wurde.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Agram, 23. März. (N. Fr. Pr.) Der Cardinal-Erzbischof Haulik hat anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen an den ihm unterstehenden Kuratlerus einen Hirtenbrief in lateinischer Sprache erlassen, welcher vermöge seines Inhaltes die Aufmerksamkeit der Leser in hohem Grade in Anspruch nehmen dürfte. Se. Eminenz sagt nach einer kleinen Einleitung:

„Das Schicksal unseres Vaterlandes hängt einzig und allein davon ab, welchen Weg der nächste Landtag einschlagen wird. Wenn derselbe Landtag erfolglos bleibt und aufgelöst wird, ohne daß die Verständigung zwischen der Regierung und dem Lande zu Stande kommt, so ist wohl keine Hoffnung vorhanden, daß jemals mehr ein solcher Landtag einberufen

werden wird. Es ist vernünftigerweise auch nicht zu erwarten, noch kann viel weniger von der Regierung verlangt werden, daß sie nach so vielen und so glänzenden Beweisen ihres Wohlwollens abermals den Versuch mache, zu ihrem großen Kompromiß und zum Schaden des ohnehin stark in Anspruch genommenen Landesfonds auch zum dritten Male den Landtag einzuberufen. Welche Früchte dieß aber für das Vaterland und seine Zukunft tragen würde, soll Jeder nach seiner eigenen Ueberzeugung beurtheilen.

Es kann, glaube ich, als gewiß angenommen werden, daß in diesem Falle Kroatien auch fernerhin in seinen gegenwärtigen ungeordneten, veränderlichen und zweifelhaften Zuständen verbleiben wird, was jedoch Niemand wünschen kann, welcher die bitteren Früchte des langjährigen Provisoriums verkostet hat. Auf solche Art würde unser Vaterland weder in politischer und administrativer, noch in sozialer und materieller Beziehung jene Stufe des Wohlstandes und der Bildung erreichen, auf welcher andere Nationen stehen, noch würde sich das beunruhigte Gemüth unserer Nation so weit beruhigen, um glücklich und zufrieden leben zu können.

Es gibt zwar Leute, welche durch andauernde Negation und Opposition unsere alte Konstitution zu retten glauben. Welche aber so denken, sollen auf der Huth sein, daß sich nicht alles dasjenige, was sie für kostbare Schlösser und Paläste halten, in bloßes Luftgebilde verwandelt, welches ihnen vor den einmal offen gewordenen Augen schwinden wird. Das Schicksal des Landtages hängt weiter wesentlich von den Resultaten der Wahlen und den zu Volksvertretern gewählten Personen ab. Wenn diese Vertreter unsere Beziehungen zur Central-Regierung und zu jenen Veränderungen, welche der Zeitgeist während der letzten Jahre beinahe in ganz Europa in's Leben gerufen, zu beurtheilen wissen und frei von allen Vorurtheilen sein werden, wenn ihnen nicht die Leidenschaft die Gedanken verwirrt, wenn sie ihre Bedürfnisse und Wünsche in die Grenzen der Möglichkeit und Mäßigung einzuziehen wissen, wenn sie nicht von Gott weiß was träumen, den Idealen und übertriebenen Ideen nicht nachjagen, wenn sie von der reinen und wahren Vaterlandsliebe beseelt sind, wenn, sage ich, wenigstens die Majorität unseres Landtages aus solchen Elementen bestehen wird, so ist sichere Hoffnung vorhanden, daß derselbe von dem gewünschten Erfolge umfomehr begleitet sein wird, als sowohl Se. Maj. unser Apostolischer König, als auch die an der Spitze der Regierung stehenden Männern für das Vaterland wohlwollend eingenommen und bereit sind, ihm Alles zu gewähren, was möglich und mit der Würde, Einheit und Sicherheit des Reiches vereinbarlich ist.“

— 27. März. Der Landtag dürfte nach einem der „Agr. Ztg.“ zugekommenen Mittheilung im Monate Mai einberufen werden. Dem a. h. Reskripte bezüglich der Wahlauschreibung wird gegen Ende dieses Monats entgegengekehrt.

Ausland.

Berlin. Dem preussischen Abgeordnetenhaus liegt gegenwärtig der Kommissionsbericht über den be-

Feuilleton.

Aus der Residenz.

Im März.

D. B. „Ja, die Posten treffen schon seit einiger Zeit sehr unregelmäßig ein. So habe ich das Abendblatt der „Neuen freien Nauplia“ vom 17. erst am 19. bekommen.“ Diese Worte des Groß-Auguren Kalkas in Offenbach's „Schöner Helena“ werden von dem übervollen Hause stets mit einem wahrhaft homerischen Gelächter aufgenommen. Alle Welt erinnert sich augenblicklich des formidablen Steeplechase mit Hindernissen von Sturm und Schneewehen, das sie zu bestehen hatte, um nur aus der alten Bindobona nach dem improvisirten heiteren Hellas an den Ufern der Wien zu gelangen. Und dieß Alles in demselben Momente, in dem die Kalender so pomphaft den Frühlingsanfang proklamiren. Nun, dieser Frühlingsanfang hat selbst den Kalonismus seiner ausdauerndsten Propheten, der Naturkalender unserer Journale, alterirt. Mit wahrhaft komischer Verlegenheit, als wären sie die verantwortlichen Verwaltungsminister eines konstitutionellen meteorologischen Regimes gegenüber einem übelgelaunten Hause der Gemeinen, fügen sie ihren thatsächlichen Rechenschaftsberichten über so und so viele Kältegrade und neues Eisrinnen und fortwährende „Tostbildung“ die Bemerkung hinzu: daß dieses Alles sehr selten, gewissermaßen nur ausnahmsweise, der Fall sei. Sie finden eine sichtbare Verfrühdigung darin tagtäglich auf's Neue zu versichern, daß diese „Tostbildung“ dem Fortkommen — der Schiffe kein Hinderniß sei.

Natürlich wird bei dieser Gelegenheit von den

fliegenden Worten: „Seit Menschengedenken“ und „die ältesten Leute können sich dessen nicht erinnern“, wie gewöhnlich, ein höchst unüberlegter Gebrauch gemacht. Die Beobachtungen der meteorologischen Anstalten aus den letzten fünfzig Jahren führen diese überschwenglichen Phrasen allerdings rasch auf ihr wahres Maas zurück. Sie weisen in nüchternen Zahlen nach, daß das „Menschengedenken“ denn doch nicht so kurz und das „Menschenalter“ denn doch nicht so lang bemessen sei, um das Ereigniß von zehn Kältegraden und etwas Eisrinnen und selbst andauernder „Tostbildung“ am Ende März nicht zwei Male umfassen zu können.

Ebenso natürlich werfen sich auch unsere Bonmotisten mit wahrhaft bewundernswerther Ausdauer auf diese elementaren Erscheinungen. Die Einen meinen: wir hätten den langen Winter nur dem Herrn Staatsminister zu danken, der die Verurteilung des ungarischen Landtages für den Sommer zugesagt habe, und nun um jeden Preis Zeit zu gewinnen suche. Die Anderen schieben den verspäteten Frühling dem Herrn Finanzminister in die Schuhe. Er habe dieses Jahr — das Finanzjahr nämlich — auf vierzehn Monate verlängert und daher der lange Winter. „Heiter auch in erster Zeit“ war stets der Wahlspruch der Wiener. So bewundern sie auch jetzt in heiterer Weise die staunenswerthe Vorausicht ihres Gemeinderathes, der einen Konzeptionswerber, welcher ein kostumirtes Korps von Blumenmädchen errichten wollte, abschlägig beschied. Wozu Blumenmädchen, wenn es keine Blumen gibt! Was bleibt von den Blumenmädchen, wenn die Blumen fehlen! O unser Gemeinderath ist klug und weise und ihn betrügt man nicht. Er hält sich die Paternität der Sommer-Debardeure so lange als möglich vom Leibe.

Helena scheint vom Schicksale bestimmt, der Zankapfel aller Zeiten zu sein. Im grauen Alterthume stritten sich die Heroen Griechenlands, heutzutage beschden sich die Kritiker der Residenz um der bezaubernden Tochter Veda's willen. „Es ist eben ihr Verhängniß“, wie das schöne Seitenvergnügen Jupiters selber seufzt. Offenbach's Helena hat die dramatisch-musikalische Jury unserer Journale in zwei einander hart gegenüberstehende Lager gespalten. Während die eine Partei unter der Devise der sittlichen Tendenz jede ehrbare Frau vor diesem dramatisch-musikalischen Cancan warnt, nennt die andere dieß „verleßte Gymnastiken-Moral“ und plaidirt feurig für die schrankenlose Freiheit dieses parodirten Hellas. Es kann thatsächlich kaum eine wirksamere Reklame für eine dramatische Novität in Wien geben, als eine derartige Journalpolemik. Alle Welt will nun nicht das Stück sehen, der Himmel behüte — alle Welt will nun selbst urtheilen, welche der kritischen Parteien recht hat, und so kommt es, daß das Theater allabendlich bis an die Decke überfüllt ist.

Die „Helena“ Offenbach's ist das richtige Seitenstück zu dessen „Orpheus“. Wer den Letzteren, wie die Wiener, mit Enthusiasmus aufnahm, muß die Erstere zum mindesten gelten lassen. Ja noch mehr, die „Helena“ ist nur die einfache Konsequenz des „Orpheus“. Welche nun noch die Konsequenz der „Helena“ sein soll, das läßt sich freilich schwer sagen. In der „Helena“ ist eben, was im „Orpheus“ noch in den Olymp verlegt war, auf die Erde herabgestiegen. Mutatis mutandis, immer daselbe, nur greller, wirksamer in jeder Beziehung, weil dem Beobachter näher gebracht. Dem Verfasser des „Eibrettos“ der nächsten Operette von Offenbach erübrigt nun nur mehr, was in der „Helena“ aus dem

züglich mehrerer altenburgischer und preussischer Dörfer von der Regierung projektirten Tauschplan vor. Bekanntlich hat die Einwohnerschaft der betreffenden preussischen Dörfer um ihre Abtretung an Altenburg petitionirt, während umgekehrt die altenburgischen Bauern ausdrücklich gegen ihre Einverleibung in den preussischen Staat protestirt haben. Die Kommission hat sich aus diesem Grunde für die Ablehnung des Tauschprojektes ausgesprochen und in ihrem Berichte auch bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage dem Hause einen wohl zu beherzigenden Wink gegeben. Die Kommission sagt u. A.: „Möge man auch mit Recht behaupten, daß der preussische Staat in seiner dermaligen Lage nicht stärkere Anziehungskraft auf die Bewohner deutscher Nachbarkländer ausübe, so könne der Mangel dieser Anziehungskraft doch am wenigsten durch Annexionen wider Willen ersetzt werden, und wenn man es überhaupt für gerecht und nothwendig halte, über Land und Leute nicht mehr ohne Einwilligung der Letzteren zu disponiren, so dürfe dieser Grundsatz auch in einem geringfügigen Falle nicht verleugnet und das: „principiis obsta“ zumal jetzt nicht vergessen werden, da die Anwendung auf andere und erheblichere Fälle vielleicht nahe bevorstehe.“ — Da in Preußen die Ausschüsse der überwiegenden Majorität des Landtags entsprechen, so ist nicht zu bezweifeln, daß der Landtag diesen Antrag mit seiner Motivirung annehmen wird. Es zeigt sich demnach, daß der Annexionsgedanke durchaus nicht vom Lande derart getheilt wird, wie nach den Behauptungen der regierungsfreundlichen Presse vielfach angenommen wurde. Ein Nationalkampf für die Annexion ist von Seiten des preussischen Volkes also gerade nicht zu erwarten, noch zu befürchten. Selbst gegen den sogenannten engsten Anschluß der Herzogthümer an Preußen haben sich im dortigen Landtag bereits Stimmen erhoben, unter Andern sprach Simson dagegen in der Sitzung vom 23. März.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 29. März.

Gestern Abend hat der letzte Transport der mexikanischen Freiwilligen unsere Stadt verlassen. Mit farbigen Transparenten und Lampions zogen sie, begleitet von der Musikkapelle des k. k. Regiments Ludwig und einer sehr großen Menge Volkes, zum Bahnhofs, wo auch seine kaiserl. Hoheit der Herr Erzherzog Ernst, die Generalität und das k. k. Offizierskorps erschienen, um den Scheidenden Glück auf die Reise zu wünschen. Nun ist kein „Mexikaner“ mehr in unserer Stadt, es müßte nur ein absichtlich zurückgebliebener sein, denn es wurden bei dem Einwaggoniren mehrere vermißt. Wie verlautet, sollen die Werbungen wieder aufgenommen und jährlich etwa 1000 Mann angeworben werden, die bestimmt seien, das Korps komplet zu erhalten. Sollte sich das bestätigen, so haben wir Aussicht, vielleicht heuer noch wieder „Mexikaner“ hier zu sehen. Die bisherige Kaserne soll einstweilen vom Aerar als Magazin benützt werden.

Olymp in die Wirklichkeit versetzt wurde, aus dem Alterthume in die Jetztzeit zu transponiren. Dann erst wird dieses Genre seinen Kreislauf vollendet, Offenbach aber sein Talent erschöpft haben. Schon bei der „Helena“ macht sich in musikalischer Beziehung eine gewisse Abspannung, ein empfindliches Verflüchtigen jenes Mouffirens geltend, welches einst die leichten und gefälligen Melodien Offenbach's in aller Welt Obren und auf Zedermanns Lippen brachte. Eine Menge von Reminiszenzen und einige wenige, aber sehr unerquickliche neue Effekte bilden das Charakteristische dieser Operette. Das Gute in derselben ist eben nicht neu und das Neue ist nicht gut.

Es ist übrigens eine historische Unrichtigkeit, diese überrheinischen Travestien des Olymp — oder der halbmythischen Griechenwelt für eine Erfindung der Gegenwart zu halten. Schon einmal sagte Jupiter zu Frau Juno:

Weib, Du ruinirst mich! sei g'scheidt und bedenk doch, Solche Ausgaben machen in der Kassa erschreckliches Loch. Jetzt kostet alles eine Million — mit deinen Sachen, Müßt' ich am Ende noch selber Krüda machen.

Diese Verse, welche ebenso gut Offenbach in Musik gesetzt und zerstört im „Orpheus“ gesungen haben könnten, sind aus der Pofse von E. Weiel mit Musik von Wenzel Müller: „Die Entführung der Prinzessin Europa“ oder so geht es im Olymp zu. Jupiter war damals Ignaz Schuster und der Olymp hatte sich in dem unansehnlichen Leopoldstädter-Theater etablirt, wo er fünfzig Jahre später, als in dem Kartheater, seine Auferstehung feierte. Also schon mehr als ein halbes Jahrhundert vor der Erfindung des Vergleichsverfahrens in der Kaufmanns- und der Schenkellieder in der Ballet-Welt! Solche Reminiszenzen

— Heute Morgen hat die in St. Veit stationirt gewesene Batterie des Artillerie-Regiments auf ihrem Marsche nach Steiermark unsere Stadt passiert. Sr. kaiserl. Hoheit der Herr Erzherzog Ernst inspicierte dieselbe und ließ sie defiliren.

— Das Nothstands-Comité für die Innerkrainer, bestehend aus dem Herrn Statthalterreichsrath v. Pavič, Herrn Dr. Bleiweis als Vertreter des Landes-Ausschusses, Herrn Dr. Drel als Vertreter der Landwirtschaftsgesellschaft, und Herrn Referenten Grafen Auer-Sperg hat am 23. d. M. unter dem Vorsitze Sr. Erzellenz des Herrn Statthalters Freiherrn von Schloßnigg beschlossen, sofort für 800 fl. Naturalien (Wehl, Kukuruz, Speck und Salz) anzukaufen und solche nach Senofetsch, wo die Noth am größten ist, zu senden.

— Nächsten Sonntag findet ein Concert der philharmonischen Gesellschaft statt. Zur Aufführung soll das Oratorium „Die sieben Worte“ gelangen.

— Morgen Abend hat der Komiker A. Eckert seine Benefiz-Vorstellung. Zur Aufführung hat derselbe das Stück „Franz Müller, oder der Mord auf der Londoner Eisenbahn“ gewählt. Die Müller'sche Prozeßgeschichte, welche den Inhalt des Stückes bildet, ist den Zeitungslesern noch in frischer Erinnerung und dürften Freunde von derlei Schauderszenen für Morgen sich einen „angenehmen“ Abend versprechen. Herr Eckert hat in verschiedenen komischen Partien gefallen, so daß auch Nichtfreunde solcher Schauderszenen es nicht unterlassen dürften, im Interesse des Benefizianten zu erscheinen.

— Am 22. d. M. sind aus dem Gefangenhause des k. k. Kreisgerichtes zu Cilli 2 Sträflinge und 6 in Untersuchung befindliche Individuen entsprungen. Einer derselben wurde bereits zu Stande gebracht.

Wiener Nachrichten.

Wien, 28. März.

Das k. k. Landesgericht in Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, es sei das weitere Erscheinen der „Constitutionellen Vorstadt-Zeitung“ für die Dauer von drei Monaten gemäß §. 38 P. G. einzustellen.

— In Folge der alarmirenden Nachrichten über die in Rußland herrschende Seuche, die sibirische Pest genannt, wird sich, dem Vernehmen nach, demnächst eine aus Aerzten und Verwaltungsbeamten zusammengesetzte Kommission nach Rußland begeben, um Studien über den Charakter und die Ausdehnung dieser entsetzlichen Krankheit zu machen. Man spricht in maßgebenden Kreisen auch von einem Kordon, welcher an der russisch-österreichischen Grenze gezogen werden soll, um die mögliche Uebertragung der Krankheit zu verhindern. Wir bemerken, daß diese Krankheit vornehmlich eine Viehseuche ist und Menschen davon nur nach unmittelbarer Verührung mit einem kranken Thiere befallen werden und derselben nur selten unterliegen. Man schätzt die Anzahl der in Rußland im Jahre 1864 ergriffenen Personen auf tausend, wovon etwa ein Drittel gestorben ist. An Vieh sollen in diesem Jahre etwa sechszigtausend Rinder und zehntausend Pferde erlegen sein.

aus der „guten, alten Zeit“ haben etwas Verjöhnendes. Sie machen billiger und gerechter gegen die Gegenwart, die es ja auch noch einmal zur „guten, alten Zeit“ bringen kann.

Neu in alledem ist nur, wie die Darsteller dieser Parodien heutzutage von der Kritik behandelt werden. Fr. Geistinger und Herr Swoboda, jene, welche ehemals als eine ganz tüchtige Lokalsängerin gegolten hatte, und dieser, ein frischer und gefälliger Komiker, werden von unseren gewiegtesten Musikreferenten wie in's Detail gewürdigt. Man glaubt, den Bericht über eine Artot, Dufmann, Murska oder Stehle, über einen Auer, Wachtel oder Walter zu lesen. Was Wunder, daß jene Vertreter oder Vertreterinnen der komischen Muse in ihren materiellen Präntensionen die Stellung festzuhalten suchen, welche ihnen die Kritik in künstlerischer Beziehung anweist. Man sagt, daß Fr. Geistinger, welche berufen scheint, die Erbschaft des Fr. Galmayer anzutreten, obwohl sie ihr in dem, was man heutzutage so hochstellt, an Naturell und Temperament, nicht ebenbürtig ist, an die Direktion Forderungen stellt, welche man einst bei einem Staudigl für so ungemein hielt, daß die kaiserliche Oper darauf nicht glauben zu können. Und so kommt es, daß während früher die kaiserliche Oper allein Primadonnen, die Vorstadtbühnen aber nur mehr oder minder gute Lokalsängerinnen hatten, jetzt die Oper nicht selten ohne Primadonna sich behelfen muß, während die Lokalsängerinnen von ehemals deren Rang einnehmen. Der Eine steigt, der Andere fällt, das ist der Lauf der Welt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 29. März. Die Generaldebatte in der Budgetberathung ist geschlossen. Für die Finanzausschussanträge sprachen Taschek, Ingram, Kuranda, Skene, Niese-Stallburg, gegen dieselben Waidele, Baritin, Teutsch, schließlich die Minister Plener und Schmerling.

Prag, 27. März. (M. Fr. Pr.) In der Stadtverordneten-Sitzung wurde heute ohne Debatte einstimmig die Errichtung eines böhmischen Unter-Realgymnasiums auf Gemeindefasten und dessen Eröffnung mit dem nächsten Schuljahre beschlossen.

Frankfurt, 27. März. In der heutigen Bundesversammlung brachten Baiern, Sachsen und Hessen-Darmstadt folgenden gemeinschaftlichen Antrag ein: Die Bundesversammlung wolle vorbehaltlich der weiteren Beschlußfassung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde Oesterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Augustenburg das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung zu übergeben und bezüglich der wegen Lauenburgs unter ihnen getroffenen Vereinbarung der Bundesversammlung eine Eröffnung zugehen zu lassen. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde mit 9 gegen 6 Stimmen auf den 6. April anberaumt. Preußen hob in einer entschiedenen Gegenerklärung hervor, daß seine und Odenburgs Erbansprüche jedenfalls Anspruch auf eine gleiche Behandlung mit denen des Erbprinzen von Augustenburg haben.

Berlin, 27. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist gegenüber den Zeitungsgerüchten zu der Erklärung ermächtigt: die Staatsregierung empfinde nicht das Bedürfniß über eine anderweitige Stellung zum Abgeordnetenhaus zu berathen, weil sie die bisher eingenommene Stellung allein für rechtentsprechend und pflichtentsprechend hält. Sämmtliche der Staatsregierung unterstellte Konzessions-Auflösungs- und Vertheilungsabsichten sind unbegründet. Das am Sonnabend stattgehabte Konseil habe sich mit Politikfragen überhaupt nicht beschäftigt.

Berlin, 27. März. In ihrem Tagesbericht schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, man hört, Baiern, Sachsen und Darmstadt werden heute den Antrag am Bunde stellen, Preußen und Oesterreich sollen unverzüglich den Herzog von Augustenburg in Holstein einsetzen; das genannte Blatt erwartet, Preußen werde dem Verjuche, die Erbfolgefrage durch einen Alt-bundestagiger Kabinettsjustiz zu erledigen, mit entschiedener Geltendmachung seiner eigenen Rechte und derjenigen des Königshauses entgegenzutreten. Insofern können die Verhandlungen nächster Tage eine Aenderung der bisherigen politischen Situation bringen.

Bei der in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgten Abstimmung über den Generalbericht wurden die Anträge 1 bis 4 mit allen Stimmen gegen die der Konservativen angenommen. Das Amendement Bunder wurde verworfen. Antrag 5 wurde mit allen Stimmen gegen die der Feudalen und Ultraliberalen angenommen, das Amendement Waldeck verworfen. Antrag 6 wurde mit Majorität und Antrag 7 (des Abgeordneten Birchow) noch stattgefundener Gegenprobe angenommen.

New-York, 16. März. Man versichert, Sheridan stehe 20 Meilen vor Richmond. Die Räumung Richmonds wird erwartet. Davis kündigte an, er habe dem Kongresse Mittheilungen zu machen, und dessen Schluß wurde vertagt.

Korrespondenz der Redaktion.

Herrn D. in Apling: Ihren trefflichen Aufsatz bringen wir dieser Tage zum Abdruck. — Herrn T. in Neustadt: Sie irren, wenn Sie „Absichtlichkeit“ annehmen. — Mehrere Besucher von Fischer's und Roner's Café's: Anonyme Zusendungen bleiben unberücksichtigt; wollen Sie, daß Ihr Aufsatz in der „Sprechhalle“ erscheine, so theilen Sie uns Ihren Namen mit. Für Verschwiegenheit wird gebürgt.

Theater.

Heute Mittwoch: Dorf und Stadt. Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Morgen Donnerstag: Zum Vortheile des Komikers Anton Eckert:

Franz Müller, oder: Der Mord auf der Londoner Eisenbahn.

Lebensbild in 3 Abtheilungen und 7 Bildern, nach dem Englischen frei bearbeitet von Ph. Friedemann.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 28. März.	
5% Metalliques 70.65	1860-er Anleihe 92.90
5% Nat.-Anleihe 76.90	Silber . . . 108.50
Bankaktien . 792.-	Ponden . . 110.30
Kreditaktien . 182.60	R. f. Dukaten 5.19

Fremden-Anzeige

vom 27. März.
Stadt Wien.

Die Herren: Epiz, Kaufmann, von Wien.
— Lachner und Schutlar, Handelsleute, von
Göhring. — Sterbenz, Handelsmann, von Gie-
nien.

Frau Frisch von Wien.

(572—3)

Nr. 495.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Wippach,
als Gericht, wird den unbekannten Rechts-
ansprechern hiemit erinnert:

Es habe Andreas Tomaschitz von
Oberfeld wider dieselben die Klage auf
Erfüllung des in der Ortschaft Oberfeld
sub Gonds-Nr. 56 gelegenen, die Bau-
parzelle Nr. 54 im Ausmaße von
17⁴⁸/₁₀₀ □ Alfr. bildenden Wohnhauses
sub praes. 31. Jänner 1865, Z. 495,
hieramts eingebracht, worüber zur münd-
lichen Verhandlung die Tagssatzung auf den
28. Juni 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des §. 96
a. G. O. angeordnet, und den Beklagten
wegen ihres unbekannten Aufenthaltes
Anton Sliwa von Oberfeld als Cu-
rator ad actum auf ihre Gefahr und
Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende
verständigt, daß sie allenfalls zu rechter
Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen
andern Sachwalter zu bestellen und an-
der namhaft zu machen haben, widri-
gens diese Rechtsache mit dem aufge-
stellten Kurator verhandelt werden wird.

R. f. Bezirksamt Wippach, als Ge-
richt, am 31. Jänner 1865.

(573—3)

Nr. 367.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Wippach,
als Gericht, wird den unbekannten wo be-
findlichen Michael Novak von Planina,
und seinen unbekannten Rechtsnachfolgern
hiermit erinnert:

Es habe Fortunat Marz von Pla-
nina Nr. 90, wider dieselben die Klage
auf Erfüllung der im Grundbuche der
Herrschaft Wippach sub Tom. II., pag. 48,
Urb.-Nr. 333, Rkf.-Zahl 10 eingetra-
genen Wiese Mikletoufa sub praes. 24.
Jänner 1865, Z. 367, hieramts einge-
bracht, worüber zur mündlichen Verhand-
lung die Tagssatzung auf den
28. Juni 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des §.
96 a. G. O. hieramts angeordnet und
den Beklagten wegen ihres unbekannten
Aufenthaltes Andreas Stranzer von Pla-
nina als Curator ad actum auf ihre
Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende
verständigt, daß sie allenfalls zu rechter
Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen
andern Sachwalter zu bestellen und an-
der namhaft zu machen haben, widri-
gens diese Rechtsache mit dem aufgestellten
Kurator verhandelt werden wird.

R. f. Bezirksamt Wippach, als Ge-
richt, am 25. Jänner 1865.

(574—3)

Nr. 142.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Wippach,
als Gericht, wird dem Marko Rescheta,
unbekannten Aufenthaltes, und dessen
gleichfalls unbekannten Rechtsnachfolgern,
hiermit erinnert:

Es habe Anton Tomaschitz von Wip-
pach, wider dieselben die Klage auf
Eigentumsanerkennung der Wiese nebst
Acker Jellegarza Parz.-Nr. 1794, 1795
und 1796, des Acker Grubise Parz.-
Nr. 2343, dann des im Grundbuche der
vorbestanden Herrschaft Wippach sub
Tom. XVI. Post.-Z. 96, Urb.-Nr. 117,
Rkf.-Z. 89, Parz.-Nr. 1271 vorkom-
menden Acker „na novim polj“ und
der ebendert sub pag. 422 Urb.-Nr. 71

Rkf.-Z. 236 vorkommenden Wiese „Po-
reče“ Parz.-Nr. 889 sub praes. 11.
Jänner 1865, Z. 142, hieramts ein-
gebracht, worüber zur mündlichen Ver-
handlung die Tagssatzung auf den
28. Juni 1865,
früh 9 Uhr, mit dem Anhang des §. 29
a. G. O. angeordnet, und den Ge-
klagten wegen ihres unbekannten Auf-
enthaltes Johann Schwofel Gemeinde-
vorsteher von Wippach als Curator ad
actum auf ihre Gefahr und Kosten be-
stellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende
verständigt, daß sie allenfalls zu rechter
Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen
andern Sachwalter zu bestellen und an-
der namhaft zu machen haben, widri-
gens diese Rechtsache mit dem aufge-
stellten Kurator verhandelt werden wird.

R. f. Bezirksamt Wippach, als Ge-
richt, am 11. Jänner 1865.

(576—3)

Nr. 1052.

Öffentliche Feilbietung.

Ueber Einschreiten des Ignaz Mo-
disch'schen Konkursmassenverwalters Herrn
Doktor Buzhar wurde zur Realisirung
dieser Konkursmasse die öffentliche Feil-
bietung der nachstehenden, im Bezirke
Wippach gelegenen Realitäten, als:

- a) des in der Steuergemeinde Lojice sub
Parz.-Nr. 1245ja liegenden Weingar-
tens „Pasjirep“ genannt, und der
Weideparzelle Nr. 1245jb im Schät-
zungswerte pr. 80 fl.
- b) des in der Steuergemeinde
Großpulle gelegenen Wein-
gartens „čukovec“ Parz.-
Nr. 1417ja und der Weide-
parzelle 1417jb im Schät-
zungswerte pr. 150 "
- c) des in der Steuergemeinde
Podroga liegenden Weingar-
gartens „kunone“ Parzel.-
Nr. 491ja im Schätzu-
ngswerte pr. 125 "
- d) des im Orte Drehojza lie-
genden gewölbten Kellers
samt Fallador im Schät-
zungswerte pr. 500 "
- e) des hinter diesem Keller lie-
genden Gartens mit Wein-
reben im Schätzungswerte
pr. 50 "

von dem k. k. Bezirksamte in Laas als
Gericht mit dem Bescheide ddo. 31. De-
zember v. J., Z. 7080, bewilliget.

Diese Feilbietung wird auf den
21. April und
18. Mai 1865,

früh 9 Uhr, in der Gerichtskanzlei des
gefertigten k. k. Bezirksamtes als Ge-
richt mit dem Bescheide vorgenommen
werden, daß die Realitäten nur über
oder um den Schätzungswert losge-
schlagen und die so allenfalls nicht an
Mann gebrachten Stücke bis nach rechts-
kräftiger Klassifikation der angemeldeten
Forderungen werden aufbehalten und
dann erst bei einer einzigen Tagssatzung
auch unter dem Schätzungswerte wer-
den hintangegeben werden. Die Lizita-
tionsbedingungen können bei dem gefe-
tigten Gerichte oder bei dem Konkurs-
massenverwalter Herrn Dr. Buzhar in
Adelsberg eingesehen werden, der Grund-
buchsstand und das Schätzungsprotokoll
stehen in den gewöhnlichen Amtsstunden
hieramts zur Einsicht offen.

R. f. Bezirksamt Wippach, als Ge-
richt, am 9. März 1865.

(585—3)

Nr. 1016.

Öffentliche Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Ober-
laibach, als Gericht, wird hiemit bekannt
gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Hrn.
Josef Bruch von Unterloitsch, Bezirk
Planina, gegen Andreas Istenizh von
Eibersche wegen, aus dem Vergleich
vom 22. Juni 1839, Z. 3494, schul-
diger 405 fl. G. W. oder 425 fl. 25 fr.
ö. W. c. s. c., in die Reassumirung der
exekutiven öffentlichen Versteigerung der,
dem Letztern gehörigen, im Grundbuch
der Herrschaft Loitsch sub Rkf.-Nr. 539

vorkommenden, zu Eibersche liegenden
Realität sammt An- und Zugehör im
gerichtlich erhobenen Schätzungswerte
von 1904 fl. 10 fr. öst. W. gewilliget,
und zur Vornahme derselben die dritte
Feilbietungs-Tagssatzung auf den
29. April l. J.

Vormittags um 9 Uhr, in loco der
Realität mit dem Anhang bestimmt
worden, daß die feilzubietende Realität
bei dieser einzigen Feilbietung auch unter
dem Schätzungswerte an den Meistbie-
tenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grund-
buchs-extrakt und die Lizitationsbeding-
nisse können bei diesem Gerichte in den gewöhn-
lichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. f. Bezirksamt Oberlaibach, als
Gericht, am 14. März 1865.

(586—3)

Nr. 959.

Öffentliche Feilbietung.

Im Nachhange zum dießgerichtlichen
Edikte ddo. 13. Dezember 1864, Z.
4475, wird bekannt gemacht, daß am
7. April d. J.

die dritte Feilbietung der dem Josef
Langus in Reumung gehörigen Realität
stattfinden werde.

R. f. Bezirksamt Radmannsdorf, als
Gericht, am 8. März 1865

(593—3)

Nr. 283.

Lizitationsfundmachung.

Vom dem k. k. Bezirksamte zu Ra-
tschach, als Gericht, wird bekannt ge-
macht, daß über Ansuchen der Verlaß-
interessenten die zum Verlasse des Ca-
spar Gabroviz in Ratschach gehörige
im Grundbuche des Gutes Smrek sub
Urb.-Nr. 3635 vorkommende behaus-
ung auf 800 fl. geschätzte Realität in Klei-
zhevzhe am

4. April d. J.,

Vormittags 10 Uhr, hieramts lizitando
veräußert wird.

Die Lizitationsbedingungen können
täglich hier eingesehen werden.

R. f. Bezirksamt Ratschach, als
Gericht, am 19. Februar 1865.

(595—3)

Nr. 411.

Öffentliche Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Egg,
als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:
Es sei über Ansuchen des Michael
Ravnikar, noc. der minderj. Maria Rav-
nikar und Konjorten von Ober-Dobrava,
gegen den abwesenden Josef Strekar von
Glogoviz, durch Johann Petric von Glo-
goviz wegen, aus dem Urtheile ddo. 20.
Februar 1864, schuldiger 225 fl. 98¹/₂ fr.
ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche
Versteigerung der, dem Letztern gehörigen,
im Grundbuche der Herrschaft Egg sub
Urb.-Nr. 36 vorkommenden Halbhube
im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte
von 868 fl. öst. W. bewilliget und es
werden zur Vornahme derselben die drei
Feilbietungstagssatzungen auf den

22. April,

27. Mai und

23. Juni 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in der

dießigen Gerichtskanzlei mit dem Anhang
angeordnet, daß die feilzubietende Real-
tät nur bei der letzten Feilbietung auch
unter dem Schätzungswerte an den Meist-
bietenden hintangegeben werden würde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grund-
buchs-extrakt und die Lizitationsbeding-
nisse können bei diesem Gerichte in den gewöhn-
lichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. f. Bezirksamt Egg, als Gericht,
am 7. Februar 1865.

(596—3)

Nr. 79.

Öffentliche Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Mödling,
als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Franz
Stanisla von Maidau, gegen Peter Vello-
paulovic von Jugorje wegen, aus dem
Vergleiche vom 28. August 1861, Nr.
2876, schuldiger 150 fl. ö. W. c. s. c.
in die exekutive öffentliche Versteigerung
der, dem Letztern gehörigen, im Grund-
buche Gille Dulle sub Curr.-Nr. 69 und
70 vorkommenden, und in der Steuerge-
meinde Dulle liegenden Subrealität sammt
An- und Zugehör im gerichtlich erho-
benen Schätzungswerte von 320 fl.
öst. W. gewilliget, und zur Vornahme
derselben die exekutiven Feilbietungstag-
satzungen auf den

28. April,

29. Mai und

30. Juni l. J.,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in dieser
Gerichtskanzlei mit dem Anhang be-
stimmt worden, daß die feilzubietende
Realität nur bei der letzten Feilbietung
auch unter dem Schätzungswerte an den
Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grund-
buchs-extrakt und die Lizitationsbeding-
nisse können bei diesem Gerichte in
den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen
werden.

R. f. Bezirksamt Mödling, als Ge-
richt, am 12. Jänner 1865.

(614—2)

Creditlos-
Promessenzur Ziehung am
1. April

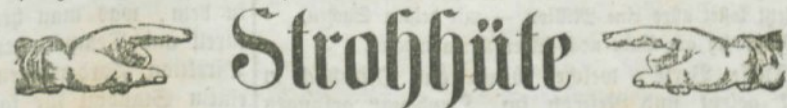
verkauft billigst

Joh. Ev. Wutscher.

In der Gradijska-Vorstadt ist
das Gasthaus „zum Gärtner“
von Georgi I. J. an zu ver-
pachten.
Nähere Auskunft ertheilt
der Hausherr. (621—1)

!!! Wichtig für Damen!!!

Da sich alljährlich in der Saison die Anzahl der zum Färben,
Pugen und Modernisiren vorkommenden



Strohhüte

gleichzeitig so sehr anhäuft, daß es nicht immer möglich ist, die Arbeit
prompt und mit voller Sorgfalt zu liefern, so ersuche ich höflichst,
mir die Hüte frühzeitig — je eher, je lieber — zu übergeben, um
meine geehrten Kunden wie immer nach Wunsch und bestens
bedienen zu können.

A. J. FISCHER,

(601—2) Rundschaftsplatz Nr. 222 vis-à-vis der Schusterbrücke.